

11. Mai 1955

WARSAUER KONFERENZ EUROPÄISCHER STAATEN  
ZUR GEWÄHRLEISTUNG DES FRIEDENS UND DER SICHERHEIT  
IN EUROPA

ERKLÄRUNG OTTO GROTEWOHL  
DES MINISTERPRÄSIDENTEN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN  
REPUBLIK

Erste Sitzung: 11. Mai 1955

---

In Westdeutschland ist es den amerikanischen und deutschen Militaristen gelungen, den Bonner Bundestag unter Anwendung zahlreicher Manöver zur Annahme der Pariser Verträge zu bringen. Das ist ein neuer Schritt zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands und zur Verwandlung Westdeutschlands in eine Kriegebasis und Aufmarschgebiet des amerikanischen und deutschen Imperialismus. Die deutschen Militaristen haben damit einen Teil Deutschlands an ausländische Interventen auf 50 Jahre verkauft und zu einem Protektorat des amerikanischen Imperialismus gemacht.

Eine neue Lage ist entstanden. Die Durchführung der Pariser Verträge durch den Bonner Bundestag und den Bundesrat behindert die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem und demokratischem Wege. Die Eingliederung Westdeutschlands in das aggressive amerikanische Kriegspaktsystem hat die Lage in Europa verschärft.

Die politische Entwicklung in Deutschland und Europa hat die Richtigkeit der Einschätzung der Lage und der Beschlüsse der Moskauer Konferenz vom 29. November bis 2. Dezember 1954 vollinhalt-

AZ  
8<sup>7/6</sup>

177

lich bestätigt.

Nachdem in der Zwischenzeit die Regierungen der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der Tschechoslowakischen Republik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik, der Rumänischen Volksrepublik, der Volksrepublik Bulgarien und der Volksrepublik Albanien Beratungen über den Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen den acht Teilnehmerländern der Moskauer Konferenz geführt haben, ist es offensichtlich notwendig geworden, weitere Schritte zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit der beteiligten Völker zu unternehmen.

Aufgrund der Vorschläge des Ministerpräsidenten Genossen Siroky auf der Moskauer Konferenz vom 29. November bis 2. Dezember 1954 haben die drei vom westdeutschen Militarismus zuerst bedrohten Länder, die Volksrepublik Polen, die Tschechoslowakische Republik und die Deutsche Demokratische Republik, untereinander die Fragen behandelt, die sich aus ihrer besonderen politischen und geographischen Lage ergeben und Maßnahmen zur weiteren Festigung ihrer freundschaftlichen Beziehungen untereinander ergriffen.

### Die Bonner Politik ist Aggression

Der Bonner Staat, das ist <sup>heute</sup> offensichtlich, ist kein friedliebender Staat. Er wird immer mehr von den gleichen aggressiven und revanchelistischen imperialistischen Kräften beherrscht, die durch Hitler den zweiten Weltkrieg auslösten und heute im Bündnis mit den amerikanischen, britischen und französischen Imperialisten hoffen, erneut die Vormachtstellung in Europa zu erringen.

Die Verwirklichung der Pariser Verträge würde den Bestand und die Existenz der deutschen Nation aufs Äußerste gefährden.

Die Bundestagsdebatte um die Ratifizierung der Verträge bestätigte die Erklärungen zahlreicher amerikanischer Politiker, daß für die Zielsetzung des Westens die Wiedervereinigung Deutschlands verhindert werden muß. Diese Politik ist gegen die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands. Sie will die gewaltsame Eingliederung der Deutschen Demokratischen Republik in die Bundesrepublik.

### Westdeutschland ist völlig versklavt

Wie ist die Lage nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge?

Die Bonner Regierung versucht neben anderen Täuschungsmanövern immer wieder der westdeutschen Bevölkerung einzureden, die Bonner Bundesrepublik besäße nach Inkrafttreten der Pariser Verträge die

Souveränität und könne über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten selbst entscheiden. Ganz davon abgesehen, daß diese Behauptung durch den Wortlaut und den Geist der Pariser Verträge als eine Lüge entlarvt wird, hat der amerikanische Außenminister Dulles kürzlich sehr grob und kurz gesagt, daß von Souveränität in Westdeutschland nicht die Rede sein kann. Als Dulles am 30. März 1955 im amerikanischen Senat bei der Beratung über die Pariser Verträge befragt wurde, welche Sicherungen es gäbe, daß die Bundesrepublik nach "Wiedererlangung der Souveränität" nicht auf eigene Faust Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiederherstellung der deutschen Einheit einleiten könne, erwiderte Dulles:

"Die Westmächte können aufgrund der Pariser Abmachungen derartige Verhandlungen untersagen".

Das ist also die "Souveränität" der Bonner Bundesrepublik. Ihre "Souveränität" besteht in dem "Recht" aufzutreten und als Mitglied der sogenannten "Westeuropäischen Union" in die NATO, die ein Instrument der Durchsetzung der amerikanischen Weltherrschaftspläne ist, eingegliedert zu werden.

Westdeutschland ist damit an einen einseitigen, gegen die

friedliebenden Völker gerichteten Militärblock gebunden, dessen aggressive Bestrebungen durch die eindeutige Äußerung seiner politischen und militärischen Führer durch seine Politik und Praxis, unter Beweis gestellt sind.

Die "Westeuropäische Union", die von den aggressivsten imperialistischen Kreisen der USA inspiriert und gelenkt wird, die offen ihre Ansprüche auf die Weltherrschaft ankündigen, ist willens, Westdeutschland in ein verhängnisvolles Abenteuer hineinzuziehen. Daran ändert sich auch nichts, wenn Adenauer sich als Anhänger der allgemeinen Abrüstung hinstellt.

Adenauer erklärte, daß nach der Verwirklichung des Militärprogramms der "Westeuropäischen Union" selbstverständlich über eine Abrüstung verhandelt werden kann. Das heißt also, Adenauer ist der Meinung, daß - ehe man zur Abrüstung schreitet - es notwendig ist, zuerst aufzurüsten.

Durch die dunklen Mächenschaften der deutschen Militaristen und Faschisten ist für das deutsche Volk ein nationaler Notstand eingetreten, der das ganze Volk zum entschlossenen Handeln zwingt. Jeder Deutsche muß sich darum heute der Tatsache bewußt werden, daß heute - 10 Jahre nach Beendigung des von den deutschen Im-

perialisten insanierten großen Völkermordens - in Westdeutschland die gleichen Kräfte immer mehr Macht an sich reißen, die die europäischen Staaten unter Bruch des Völkerrechts überfielen und ausplünderten, die das deutsche Volk bereits zweimal an den Rand der nationalen Katastrophe brachten. Die europäischen Völker und alle friedliebenden Menschen auch im deutschen Volke können und dürfen nicht vergessen, daß der deutsche Militarismus Millionen und Abermillionen unschuldige und friedliebende Menschen in den Gaskammern von Maidanek und Auschwitz ermordete. Sie können und dürfen nicht vergessen, daß hunderttausende Angehörige der europäischen Länder, die besten patriotischen Kräfte dieser Völker, in den deutschen Konzentrationslagern versklavt, mißhandelt und getötet wurden. Sie können nicht vergessen, daß der deutsche Imperialismus im Interesse seiner Maximalprofite Ströme von Menschenblut vergoß und schließlich zu dem Versuch überging, ganze Nationen und Völker <sup>(24)</sup> auszurotten. Der Militarismus ist und bleibt das raubgierigste und brutalste Instrument der deutschen Imperialisten, der Todfeind des deutschen Volkes, dessen Gefährlichkeit durch sein Bündnis mit dem aggressiven amerikanischen Imperialismus sich noch erhöht. Wir stellen jedoch fest, daß die Träger

dieser militaristischen Gewaltpolitik, die Verantwortlichen für die Durchsetzung der Pariser Verträge, mit dem deutschen Volk nichts gemein haben. Sie stellen nur eine dünne Schicht aus Monopolherren, Rüstungsunternehmern, Großagrariern und korrupten Politikern dar, die keinerlei Legitimation durch das deutsche Volk besitzt. Ihre Machenschaften richten sich gegen die nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes, die eindeutig in der Erhaltung des Friedens und der Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage liegen.

Die Zusammensetzung des Bonner Bundestages, der den Pariser Verträgen seine Zustimmung gab, entspricht weder der sozialen Struktur Westdeutschlands noch dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes.

Im Bonner Bundestag sind von 449 Abgeordneten 85 Unternehmer und Großkaufleute, 51 Gutsbesitzer, 85 leitende Angestellte kapitalistischer Konzerne und 138 Angehörige der sogenannten freien Berufe. Diese rund 500 Abgeordneten haben keinerlei Recht, über die Zukunft des deutschen Volkes zu entscheiden. Sie können dieses Recht auch nicht aus dem Wahlergebnis des 6. September 1953 ableiten. Dieses Wahlergebnis vermittelt nur ein Zerrbild des wahren Willens der westdeutschen Bevölkerung. Seitdem haben Wahlen in 5

Länderparlamenten Westdeutschlands stattgefunden, die den wachsenden Widerwillen der Bevölkerung gegen den Adenauer-Kurs unter Beweis gestellt haben. Die Adenauer Partei verlor bei diesen Wahlen rund 2,75 Millionen Stimmen.

Die Zusammensetzung des Bonner Bundestages entspricht also nicht dem Willen des Volkes und der Wähler in Westdeutschland. Das Volk denkt anders.

Die Ratifizierung der Pariser Abkommen ist gegen den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes erfolgt und alle Beschlüsse sind darum rechtsungültig. Die Deutsche Demokratische Republik und alle deutschen Patrioten werden die Pariser Verträge niemals anerkennen. Sie werden die Massen des deutschen Volkes für den Kampf gegen die Pariser Verträge, für die friedliche Lösung der deutschen Frage mobilisieren, den Kampf organisieren, bis die Pariser Verträge gefallen sind und Deutschland ein einiger, friedliebender, demokratischer Staat ist.

In der Deutschen Demokratischen Republik haben in den wenigen Jahren ihrer Existenz die Arbeiter und Bauern, die Techniker und Wissenschaftler eine wahrhaft demokratische Ordnung geschaffen und bei der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus beträcht-

liche Erfolge errungen und große Werte geschaffen. Neue große Industriewerke, neue Wohnviertel in Städten, neue Dörfer und neue landwirtschaftliche Produktionsanlagen mit erstklassigen technischen Ausrüstungen, wie die Maschinen-Traktoren-Stationen und viele andere sind entstanden. Das alles läßt die westdeutschen Monopolherren nicht ruhig schlafen. Sie wollen diesen Reichtum den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik rauben und die alten gesellschaftlichen Zustände der Junker und Kapitalisten wieder herstellen. Sie wissen auch, daß die Deutsche Demokratische Republik bereits heute großen Einfluß auf die westdeutschen Arbeiter, Bauern und die Intelligenz ausübt. Sie wissen, daß eine friedliche Wiedervereinigung der westdeutschen Bevölkerung die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik allzu deutlich vor Augen führen würde. Sie wissen, daß das deutsche Volk dann willens wäre, den gleichen friedlichen und demokratischen Weg wie die Deutsche Demokratische Republik zu gehen.

Da sie nicht hoffen können, daß die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik ihre Errungenschaften freiwillig abtreten, versuchen sie die friedliche Arbeit zu stören. Sie schrecken nicht vor den schmutzigsten Methoden der Spionage und Diversion zurück.

Erst kürzlich wurde von unseren Staatssicherheitsorganen eine große Gruppe von Agenten des amerikanischen und englischen Geheimdienstes, der Spionageorganisation Gehlen und vieler anderer Diversionsorganisationen, die auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik eine verbrecherische volksfeindliche Tätigkeit betrieben, verhaftet und unschädlich gemacht. Aus den Aussagen dieser Leute und dem vorgefundenen Beweismaterial geht klar hervor, daß die Besatzungsbehörden der USA, Englands und Frankreichs Westberlin zum Hauptzentrum der Spionage- und Diversionsarbeit gegen die Deutsche Demokratische Republik entwickelt haben. Von unseren Untersuchungsorganen wurde festgestellt, daß die verbrecherische Spionage- und Diversionstätigkeit im Zusammenhang mit der Ratifizierung der Pariser Abkommen wesentlich verstärkt wurde.

Es versteht sich, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik alle weiteren erforderlichen Maßnahmen ergreifen wird, um die Errungenschaften der Arbeiter, Bauern und der Intelligenz sowie das Leben, die Gesundheit und das Eigentum der Bevölkerung gegen die verbrecherischen Anschläge der imperialistischen Geheimdienste zu schützen.

Die vielfältigen Angebote der Sowjetunion und deren konkrete Vorschläge, noch im Jahre 1955 die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und freie Wahlen in ganz Deutschland durchzuführen, werden durch die Adenauer Regierung verheimlicht.

Die Bonner Regierungskoalition legte dem Bundestag eine Resolution vor, in der behauptet wird, die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlichem Wege sei oberstes Gesetz der Bundesrepublik.

Bundestag und Bundesrat glauben, mit solchen Entschlüssen könnten sie sich vor dem deutschen Volk ein Alibi verschaffen.

Nachdem in Westdeutschland mit der Durchführung praktischer Maßnahmen zur Schaffung einer neuen Wehrmacht begonnen wurde, versucht die Bonner Regierung, um das Einverständnis einiger westeuropäischer Länder zur Aufrüstung Westdeutschlands zu erlangen, das deutsche Volk und die Völker der Nachbarländer mit der Erklärung irrezuführen, die Pariser Verträge würden die Sicherheit der europäischen Länder garantieren, da sie die Aufrüstung Westdeutschlands beschränken und die Möglichkeit einer Aggression von seiten einer westdeutschen Armee ausschließen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Westdeutschland hat als Mitglied der "Westeuropäischen Union" nach Artikel 3 des "Protokolls Nr. 2" der Pariser Abkommen die Möglichkeit, die Stärke seiner Söldnerarmee ständig zu erhöhen.

Bereits jetzt betrachten die Bonner Militaristen ganz offen die durch diese Übereinkommen vorgesehene Schaffung einer Armee von einer halben Million Mann lediglich als eine erste Etappe zur weiteren Remilitarisierung des Landes. Bereits jetzt - in der ersten Etappe - soll die geplante Stärke von 12 Divisionen wesentlich überschritten werden.

Um den Widerstand des deutschen Volkes gegen die Verwirklichung der Pariser Abkommen zu schwächen, spekuliert Adenauer in der letzten Zeit im verstärkten Maße auf die im deutschen Volk populäre Forderung nach Minderung der internationalen Spannungen, wobei er sich als Anhänger dieser Forderung~~en~~ ausgibt.

Aber die Tatsache, daß es die Bonner Regierung abgelehnt hat, die Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa zu erörtern, wie es von der Sowjetregierung vorgeschlagen und von der Deutschen Demokratischen Republik unterstützt wurde, zeigt genau das Gegenteil.

Der Abschluß eines Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa, an dem alle europäischen Länder, gleich welcher Gesellschaftsordnung, beteiligt wären, würde die Sicherheit in Europa garantieren und die internationalen Spannungen mildern.

Wer friedliche Absichten hat, der stellt Verhandlungen und Verständigung in den Mittelpunkt seiner Politik, nicht aber Aufrüstung, chauvinistische und antisowjetische Hetze.

Das deutsche Volk sagt nein!

Die Deutsche Demokratische Republik hat bereits in mehreren Willenskundgebungen die volksfeindliche Politik der Bonner Militaristen abgelehnt. 12 Millionen 230 Tausend Bürger der Deutschen Demokratischen Republik haben im Juni 1954 für Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen, gegen Kriegsverträge und Belassung der Besatzungstruppen auf 50 Jahre gestimmt.

Die Volksmassen in Westdeutschland haben ebenfalls die Gefährlichkeit dieser Lage erkannt und beginnen, sich aus der Passivität zu lösen. Ein Umschwung ist eingetreten. Die Arbeiterklasse beginnt sich zu rühren. Sie setzt sich energischer und zielbewußter als bisher gegen die Ausbeutung im Interesse der Rüstungs- und Militarisierungspläne der Unternehmer zur Wehr. Die Arbeiterklasse wehrt sich gegen die Bonner Regierung, gegen die Monopolherren und Junker, von denen sie unterdrückt und ausgeplündert wird. Die deutsche Jugend lehnt es ab, die imperialistische Uniform anzuziehen und sich in den Kasernen von den ehemaligen SS-Ver-

729

brechern schinden zu lassen. Die Tatsachen beweisen das. Die Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf am 24. September 1954 lehnt die Remilitarisierung für 670.000 organisierte junge Gewerkschaftler einstimmig ab.

In den Aktionen der Jugend gegen die Rekrutierung schließen sich die Jugendorganisationen zu gemeinsamen Aktionen zusammen, wobei die Forderung nach Verständigung und Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik immer stärker und populärer wird.

Arbeiter und Jugendliche wenden sich immer mehr gegen die Hetze über die Deutsche Demokratische Republik und die Sowjetunion und sprechen sich für die Verständigungsvorschläge der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetregierung zur Lösung der deutschen Frage aus. Viele Kampfaktionen der Arbeiterklasse zeigen, daß sie willens ist, die Einheit der Arbeiterschaft, die von den Kommunisten stets und ständig gefordert wurde, herzustellen und gemeinsam gegen Unternehmerwillkür und Militarisierung zu streiken und zu demonstrieren. Die Arbeiterschaft Westdeutschlands, auch die im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter, beginnen sich auf ihre großen revolutionären Traditionen zu besinnen. Sie beginnen zu erkennen, daß die Zukunft Deutschlands in ihren Händen liegt.

Die gewerkschaftlichen Landeskonferenzen des DGB in Bayern, in Hessen, in Württemberg-Baden, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen forderten die Verwirklichung der Beschlüsse des III. Bundeskongresses des DGB und beschlossen energische Maßnahmen gegen die Remilitarisierung. 550.000 Bergarbeiter und 290.000 Metallarbeiter, insgesamt 800.000 Ruhr-Arbeiter in Aktionseinheit, gaben ihre Antwort auf die Provokationen der Unternehmer gegen die Aufrüstungs- und Ausbeutungspolitik der westdeutschen Militaristen, indem sie Proteststreiks durchführten.

Das alles zeigt, daß die deutschen Gewerkschaftler beginnen, aus der bitteren Erfahrung der Vergangenheit zu lernen, daß sie wachsam sind und ihre Kraft einzusetzen beginnen. Sie fordern Verhandlungen mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion und die Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem, demokratischem Wege.

Viele westdeutsche bürgerliche Persönlichkeiten, darunter sehr viele Pfarrer, forderten die sofortige Aufnahme von Viermächteverhandlungen für die Wiedervereinigung eines deutschen, demokratischen Staates. Dringende und leidenschaftliche Rufe an das Gewissen von Künstlern und Wissenschaftlern richteten sich so hochgeachtete Männer des deutschen Geistes wie Thomas Mann,

Professor Albert Schweitzer, der kürzlich verstorbene große Physiker, Professor Albert Einstein, Professor Hahn, der Präsident der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Professor Friedrich, Bertolt Brecht, Johannes R. Becher, Anna Seghers und viele andere, 250.000 Geistesgeschaffende aus Ost und West gaben zu einer von Bertolt Brecht und dem Präsidenten des Deutschen Friedensrates, Professor Friedrich, veranlaßten Protestaktion gegen die Pariser Verträge ihre eigenhändige Unterschrift.

Der friedliche Weg der Vereinigung ist möglich

Das Beispiel Österreichs zeigt den realen Weg zur Lösung der deutschen Frage. Die positiven Ergebnisse der sowjetisch-österreichischen Verhandlungen wurden deshalb möglich, weil die österreichische Regierung den Weg einer unabhängigen nationalen Politik beschritten hat. Österreich verpflichtet sich, keinerlei Militärbündnisse einzugehen und keine militärischen Stützpunkte auf seinem Territorium zu dulden. Das österreichische Volk wird dadurch seine nationale Unabhängigkeit erhalten. Das ist der Erfolg, der auf dem Wege des Friedens, der Verständigung und der Freundschaft für die Völker beruht.

Die Lösung der deutschen Frage hängt jetzt vor allem davon

ab, ob die patriotischen Kräfte in Westdeutschland vermögen, eine wirklich unabhängige nationale Politik durchzuführen, eine Politik der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage, der friedlichen Verhandlungen und Verständigung.

Voraussetzung dafür ist, daß die Pariser Verträge durch das deutsche Volk wieder beseitigt werden und daß die Deutschen sich untereinander verständigen über alle Fragen, die der Lösung des deutschen Problems im Wege stehen. Adenauers Weigerung, mit der Deutschen Demokratischen Republik zu verhandeln, ist engstirnig. Adenauer wird nicht ewig sein, aber Deutschland wird sein und die deutschen Menschen werden sein, die sich an einen Tisch setzen, sich verständigen, die Pariser Verträge zerreißen, sich die Hände reichen und ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland schaffen werden.

Die Deutsche Demokratische Republik ist die Basis  
des Kampfes für Frieden und Demokratie

Unter dem Druck der gegen die Remilitarisierung kämpfenden Volksmassen in Westdeutschland nahmen auch die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei auf einer aus vielen Parteien und Gruppen zusammengesetzten Versammlung in der Paulskirche zu Frankfurt am Main und im Bonner Bundestag gegen die Pariser

Verträge Stellung. Sie fanden harte Worte gegen die Bonner Militaristen. Ihre Erklärungen aber verloren an Glaubwürdigkeit, als sie im gleichen Atemzuge behaupteten, mit der Deutschen Demokratischen Republik gäbe es keine Verhandlungen, als sie sich weigerten, die Existenz und das Wirken der Deutschen Demokratischen Republik anzuerkennen.

Aber die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik ist eine Realität, sie kämpft im Namen des ganzen deutschen Volkes für den Frieden und die Herstellung der Einheit Deutschlands auf friedlichem Wege. Die Deutsche Demokratische Republik existiert aber nicht nur, sondern sie wächst und erwirbt sich in zunehmendem Maße das Vertrauen der Völker, unabhängig, ob es den rechten sozialdemokratischen Führern paßt oder nicht.

Die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer begünstigen durch ihre prinzipienlose Politik die Bonner Militaristen, Durch ihren Verzicht auf außerparlamentarische Aktionen negieren sie den Willen der Arbeiterklasse Westdeutschlands und arbeiten den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten in die Hände. Sie sind aber nicht imstande, die nationalen Bewegungen gegen die Pariser Verträge in Westdeutschland zu verhindern. Die nationale Bewegung hat sich in

234

den letzten Monaten wesentlich verstärkt.

Die Deutsche Demokratische Republik leistet den westdeutschen patriotischen Kräften jede mögliche Unterstützung. Eine solche Unterstützung der nationalen Bewegung in Westdeutschland ist auch die Billigung der Moskauer Deklaration durch die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 8. Dezember 1954. Die Moskauer Deklaration hat neben der vollinhaltlichen Zustimmung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik auch die Zustimmung breiter Kreise der Werktätigen und des Bürgertums in Westdeutschland gefunden. Wir können feststellen, daß durch die Einwirkung der Moskauer Deklaration und die Vorschläge der Sowjetunion im Zusammenhang mit den von uns dargelegten Faktoren eine günstige Situation im nationalen Kampf des deutschen Volkes entstanden ist.

Um diesen Kampf nach vorwärts zum Erfolg zu bringen, kommt es jetzt darauf an, alle Bäche und Flüsse der nationalen Bewegung zu einem einzigen gewaltigen Strom zu vereinen, damit der Wille des Volkes entschiedener zum Durchbruch kommt.

7/3

Freundschafts- und Beistandspakt verhindert das  
Verbrechen eines neuen Krieges

Friedliche Wiedervereinigung oder Remilitarisierung und Spaltung, das ist die Entscheidung, vor der heute Westdeutschland steht. Die Bonner Militaristen haben es sehr eilig. Sie haben bereits mit der Aufrüstung begonnen. Rüstungsaufträge wurden bereits nach Italien, Spanien, Brasilien und Argentinien vergeben. Das Bonner Amt Blank kündigt an, daß die ersten Kadereinheiten der neuen deutschen Wehrmacht bereits im Herbst stehen sollen. Die Pläne für die Eingliederung der Wehrmacht in die NATO sind bereits fertig ausgearbeitet und werden Schritt für Schritt vorbereitet. Amerikanisches Rüstungsmaterial, mit dem man mehr als die Hälfte der vorgesehenen faschistischen Wehrmacht ausstatten kann, befindet sich bereits eingelagert seit langer Zeit in Westdeutschland. Der NATO-Generalstabschef Schuyler formulierte seinen Plan folgendermaßen:

"Unser Operationsziel wird Nord sein, und die Atomexplosion ist unser Hauptmordinstrument".

Diese zynische und barbarische Äußerung entspricht der verbrecherischen Ideologie einer sterbenden Gesellschaft. Die Äußerung soll Furcht und Schrecken verbreiten, aber sie erreicht das

Gegenteil, sie schlägt mit voller Kraft auf ihre Urheber zurück. Wenn die Kriegstreiber es wagen sollten, einen neuen Weltbrand auszulösen, wird nicht die Menschheit, nicht die Zivilisation zerstört, sondern sie selbst, die imperialistischen Kriegsbrandstifter samt ihrem System des internationalen Imperialismus. Die friedliebenden Völker und Menschen sind heute auch in Deutschland stärker denn je. Sie stützen sich auf das wohlorganisierte und mächtige Lager des Friedens unter der Führung der Sowjetunion.

Alle ihre Maßnahmen sind von einem einzigen Ziel bestimmt: Erhaltung des Friedens, damit alle Völker das Glück eines friedlichen, ruhigen Daseins genießen können.

Ein Krieg aber würde ihren friedlichen Aufbau stören und Millionen Menschen unermessliches Leid und Schmerz zufügen. Aus dieser Perspektive ergibt sich vor allem für das deutsche Volk eine unabweisable politische Verantwortung: Die Pariser Verträge müssen fallen.

Da die deutschen und amerikanischen Militaristen gegen den Willen des Volkes ihren Kurs auf die Militarisierung Westdeutschlands weiter fortsetzen, wird die Deutsche Demokratische Republik nicht tatenlos zuschauen. Offensichtlich lassen die Kriegsbrandstifter sich nur durch handfeste Tatsachen belehren.

Die in Europa durch das Inkrafttreten der Pariser Abkommen entstandene Lage erfordert von den friedliebenden Staaten die Vereinigung ihrer Anstrengungen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit. Deswegen müssen sie gemeinsame Maßnahmen bei der Organisierung der Streitkräfte und ihres Kommandos sowie andere Maßnahmen ergreifen, um ihre Wehrfähigkeit zu stärken und den Schutz gegen eine mögliche Aggression zu gewährleisten. Die Aufrüstung Westdeutschlands zwingt auch die Deutsche Demokratische Republik, Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen, die den Schutz der Errungenschaften unseres friedlichen Aufbaus zu sichern.

Da die Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressiven Militärblocks beschlossen ist, hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zugestimmt, an dem Verträge mit den sieben Ländern, den Teilnehmern der Moskauer Konferenz, einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand teilzunehmen. Von nun an wird die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik durch das gesamte Friedenslager, mit der mächtigen Sowjetunion an der Spitze, gewährleistet. Jeder Versuch, die Deutsche Demokratische Republik zu überfallen und für die Ausbeutung durch den deutschen Imperialismus zurückzugewinnen, wird an dem Willen der Deutschen Demokratischen Republik und der Überlegenen Kraft des

Friedenslagers scheitern und mit der vernichtenden Niederlage der Aggressoren enden.

Die westdeutschen Patrioten müssen Adenauer, dem amerikanischen Kanzler für deutsche Angelegenheiten, die Pariser Verträge zerrissen vor die Füße legen, damit die Spaltung Deutschlands beseitigt und der Friede erhalten wird.

Jeder klar denkende politische Mensch muß verstehen, daß es die Deutsche Demokratische Republik niemals zulassen wird und kann, daß ein vereinigtes Deutschland den Weg der Vorbereitung des Krieges und der Revanche beschreitet. Ebenso klar ist es, daß es die Sowjetunion nicht zulassen wird, daß das vereingte Deutschland in einen gegen sie und die mit ihr befreundeten Staaten gerichteten aggressiven Block einbezogen wird.

Die Deutsche Demokratische Republik stimmt darum dem Abschluß eines Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand sowie der Schaffung eines vereinigten Kommandos zu. Diese Maßnahmen unterscheiden sich grundlegend von der Politik der Teilnehmerstaaten der zur Vorbereitung einer neuen Aggression geschaffenen "Westeuropäischen Union". Sie geben das Beispiel einer vollkommenen neuen Zusammenarbeit gleichberechtigter und souveräner

139

Staaten, die die Sicherung des Friedens und die Organisierung der Verteidigung ihrer Länder zum Ziele haben. Diese Maßnahmen tragen zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa bei.

Der Warschauer Vertrag ist ein bedeutungsvoller Schritt zu einem gesamteuropäischen System der kollektiven Sicherheit, Er entspricht vollauf den staatlichen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und des ganzen deutschen Volkes. Von nun ab wird ihre Sicherheit von sieben Staaten, unter Führung des stärksten Staates der Welt, der Sowjetunion, garantiert. Jeder Anschlag auf die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik wird von dem gesamten Lager des Friedens und der Demokratie zurückgewiesen. Die Deutsche Demokratische Republik wird alle Kräfte anspannen, um ihren Beitrag zur Stärkung des Friedenslagers zu leisten und die Wiederholung einer Aggression durch den westdeutschen Militarismus nicht zuzulassen.

Der Warschauer Vertrag ist notwendig geworden durch die von den Pariser Verträgen heraufbeschworenen Remilitarisierung Westdeutschlands. Er ist darum nicht nur eine europäische Notwendigkeit, sondern gleichzeitig die Lebenssicherung für das deutsche Volk.

Die Pariser Verträge enthalten die Gefahr, daß die westdeutschen und amerikanischen Kriegstreiber von deutschem Boden aus eine Aggression beginnen.

Der Warschauer Vertrag fällt den Aggressoren in den Arm und ist geeignet, ihre Abenteuerlust zu dämpfen.

Die Pariser Verträge dienen der Vorbereitung eines Krieges. Der Warschauer Vertrag dient der Sicherheit und dem Frieden! Die Pariser Verträge bedeuten Spaltung Deutschlands. Der Warschauer Vertrag stärkt die deutschen patriotischen Kräfte, auf dem Wege zur friedlichen Wiedervereinigung ihres Vaterlandes erfolgreich weiterzuschreiten. Die Pariser Verträge sollen der westdeutschen Bevölkerung das Recht nehmen, sich über die Wiedervereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage zu verständigen. Der Warschauer Vertrag aber - und das sollte nach Auffassung der Regierungsdelegation der Deutschen Demokratischen Republik im Protokoll besonders verankert werden - läßt der Deutschen Demokratischen Republik die volle Freiheit, über die friedliche Wiedervereinigung zu verhandeln. Das Ziel des Vertrages, dem wir aus ganzem Herzen zustimmen, ist es, den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas zu gewährleisten, und nicht zuletzt, die

74A

friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands im Interesse der Erhaltung des Friedens in Europa zu ermöglichen. Die friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands ist das unabdingbare nationale Recht des deutschen Volkes. Die Deutsche Demokratische Republik wird dieses Recht mit aller Kraft verteidigen und durchsetzen.